

### **Antrag der Fraktion DIE LINKE**

#### **Forderung der Bremer Armutskonferenz umsetzen – Gesundheitstreffpunkt West und Frauengesundheit Tenever endlich finanziell absichern!**

Die dritte Bremer Armutskonferenz, die sich im Februar 2018 mit den Zusammenhängen von Armut und Gesundheit befasst hat, stellt in ihren veröffentlichten Ergebnissen und Empfehlungen aus dem Juni diesen Jahres unter anderem die Forderung auf, wohnortnahe und multipel ausgerichtete Gesundheitsversorgungsstrukturen in den Bremer Stadtteilen auf- und auszubauen und bestehende Strukturen finanziell abzusichern.

Menschen in Armutslagen und Ältere sind oftmals in ihrer Mobilität eingeschränkt und somit auf wohnortnahe und niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Versorgung angewiesen.

In der Stadtgemeinde Bremen bestehen seit vielen Jahren zwei Einrichtungen, die im Bereich der Gesundheitsförderung und -prävention wertvolle Arbeit in ihren Quartieren leisten – der Gesundheitstreffpunkt West in Gröpelingen und Frauengesundheit Tenever. Beide Träger bieten niedrigschwellige Angebote, die besonders armutsgefährdete Menschen erreichen. Sie geben kostenlose Beratungen, veranstalten Kurse und organisieren Unterstützung und Weitervermittlung von hilfe- und ratsuchenden Menschen in ihren Stadtteilen.

Beide Einrichtungen werden regelmäßig vom Senat und den zuständigen Behörden als Leuchtturmprojekte für die Gesundheitsprävention gelobt und hervorgehoben. Leider drückt sich diese Wertschätzung auch nach vielen Jahren nicht in einer ausreichend finanziellen Absicherung dieser Träger aus. Die institutionelle Förderung wurde vor Jahren eingefroren, bei jährlich steigenden Kosten und Gehältern. Gleichzeitig nehmen die Aufgaben in einer immer stärker sozial gespaltenen Stadt zu. Beide Träger sind nach eigenen Angaben an die Grenze des finanziell Machbaren gelangt. Kürzungen bei den Wochenarbeitsstunden von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern und Einsparungen bei eigentlich nötigen Sachkosten gefährden die strukturelle Substanz der Arbeit beider Einrichtungen.

Die jährliche Fördersumme müsste nach Auskunft der Träger um 75 000 bis 90 000 Euro erhöht werden, um die wachsenden Aufgaben beider Einrichtungen (dokumentiert in Jahresberichten) auch zukünftig erfüllen zu können, die einen unerlässlichen Baustein wohnortnaher Gesundheitsförderung bilden.

Eine dauerhafte und auskömmliche finanzielle Absicherung dieser Träger, die auch einen perspektivisch notwendigen Ausbau von gesundheitsfördernden und präventiven Angeboten beinhaltet, ist daher dringend notwendig.

Die Stadtbürgerschaft möge daher beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft begrüßt und unterstützt die Forderung der dritten Bremer Armutskonferenz, vorhandene Strukturen der Gesundheitsprävention und -förderung in den Stadtteilen finanziell abzusichern.

2. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, kurzfristig Lösungen zu erarbeiten, wie die beiden Träger Gesundheitstreffpunkt West und Frauengesundheit Tenever auskömmlich und dauerhaft finanziell abgesichert werden. Dabei soll der perspektivisch notwendige Ausbau der Angebotsstrukturen, gemäß den Empfehlungen der dritten Bremer Armutskonferenz mitberücksichtigt werden.
3. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, ihr bis Ende 2018 darüber Bericht zu erstatten.

Peter Erlanson, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE